

34112 Kassel documenta Stadt

An die
Mitglieder
des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration
und Gleichstellung
der Stadtverordnetenversammlung
Kassel

Kassel documenta Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren,

28. September 2016
1 von 3

zur **6. öffentlichen Sitzung** des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung lade ich ein für

**Donnerstag, 6. Oktober 2016, 17:00 Uhr,
Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel.**

Tagesordnung:

- 1. Einladung eines Experten zur Beantwortung offener Fragen zum Aufruf "Mehr Demokratie wagen"**
Antrag der SPD-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Dr. Hasina Farouq
- 101.18.167 -
- 2. Maßnahmen zur Eindämmung der Trinkerszene**
Antrag der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Stefan Kortmann
- 101.18.204 -
- 3. Drogen- und Trinkerszene in der Innenstadt**
Anfrage der Fraktion B90/Grüne
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Dr. Andreas Jürgens
- 101.18.235 -

4. Amtliche Bekanntmachungen

Antrag der Fraktion Freie Wähler + Piraten
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Dr. Bernd Hoppe
- 101.18.222 -

5. Nutzung des Ratskellers für hilfsbedürftige Menschen

Antrag der AfD-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Michael Werl
- 101.18.254 -

6. Erhöhung der Sicherheit am Stern

Antrag der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Saskia Spohr-Frey
- 101.18.261 -

7. Anbieter unqualifizierter Krankentransporte

Anfrage der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Stefan Kortmann
- 101.18.262 -

8. Ersatzbeschaffung Dienstfahrzeuge für Mitarbeiter des Ordnungsamtes

Anfrage der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Nikolas Hecht
- 101.18.263 -

9. Fahrradverkehr in der Fußgängerzone

Anfrage der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Nikolas Hecht
- 101.18.264 -

10. Fundtiere

Anfrage der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Saskia Spohr-Frey
- 101.18.265 -

11. Information der Bevölkerung bei Gefahrenlagen

Anfrage der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Stefan Kortmann
- 101.18.266 -

12. Statistische Erfassung der Kontrollen des Ordnungsamtes auf dem Friedrichsplatz

Antrag der FDP-Fraktion

Berichtersteller/in: Stadtverordnete Dr. Cornelia Janusch

- 101.18.290 -

13. Neuregelung der Wahlplakatierung

Antrag der FDP-Fraktion

Berichtersteller/in: Stadtverordnete Dr. Cornelia Janusch

- 101.18.291 -

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Kortmann
Vorsitzender

Niederschrift über die 6. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung
am **Donnerstag, 6. Oktober 2016, 17:00 Uhr**
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

31. Oktober 2016
1 von 9

Anwesende:

Mitglieder

Stefan Kortmann, Vorsitzender, CDU
Dr. Bernd Hoppe, 1. stellvertretender Vorsitzender, Freie Wähler
Dr. Hasina Farouq, 2. stellvertretende Vorsitzende, SPD
Dr. Günther Schnell, Mitglied, SPD (Vertretung für Helene Freund)
Norbert Sprafke, Mitglied, SPD
Sabine Wurst, Mitglied, SPD
Nikolas Hecht, Mitglied, CDU
Dr. Norbert Wett, Mitglied, CDU (Vertretung für Saskia Spohr-Frey)
Jürgen Blutte, Mitglied, B90/Grüne (bis 18.05 Uhr/ab 18.06 Uhr Dorothee Köpp)
(Vertretung für Dr. Andreas Jürgens)
Awet Tesfaiesus, Mitglied, B90/Grüne
Michael Werl, Mitglied, AfD
Vera Katrin Kaufmann, Mitglied, Kasseler Linke
Dr. Cornelia Janusch, Mitglied, FDP

Teilnehmer mit beratender Stimme

Dieter Pfeiffer, Vertreter des Seniorenbeirates

Magistrat

Bertram Hilgen, Oberbürgermeister, SPD

Schriftführung

Andrea Herschelmann, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:

Carola Hiedl, Vertreterin des Behindertenbeirates

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Jennifer Kellotat, Rechtsamt
Dr. Stephan Gleim, Amt für Stadtplanung, Bauaufsicht und Denkmalschutz
Kathy Käferstein, Ordnungsamt
Lothar Pflüger, Ordnungsamt
Norbert Schmitz, Feuerwehr
Ingo Happel-Emrich, Hauptamt

Tagesordnung:

1. **Einladung eines Experten zur Beantwortung offener Fragen** 101.18.167
zum Aufruf "Mehr Demokratie wagen"

2. Maßnahmen zur Eindämmung der Trinkerszene	101.18.204	2 von 9
3. Drogen- und Trinkerszene in der Innenstadt	101.18.235	
4. Amtliche Bekanntmachungen	101.18.222	
5. Nutzung des Ratskellers für hilfsbedürftige Menschen	101.18.254	
6. Erhöhung der Sicherheit am Stern	101.18.261	
7. Anbieter unqualifizierter Krankentransporte	101.18.262	
8. Ersatzbeschaffung Dienstfahrzeuge für Mitarbeiter des Ordnungsamtes	101.18.263	
9. Fahrradverkehr in der Fußgängerzone	101.18.264	
10. Fundtiere	101.18.265	
11. Information der Bevölkerung bei Gefahrenlagen	101.18.266	
12. Statistische Erfassung der Kontrollen des Ordnungsamtes auf dem Friedrichsplatz	101.18.290	
13. Neuregelung der Wahlplakatierung	101.18.291	

Vorsitzender Kortmann eröffnet die mit der Einladung vom 28. September 2016 ordnungsgemäß einberufene 6. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Stadtverordneter Hecht, CDU-Fraktion beantragt, den Tagesordnungspunkt

10. Fundtiere

Anfrage der CDU-Fraktion
101.18.265

von der heutigen Tagesordnung abzusetzen, da die Fragestellerin für die heutige Sitzung entschuldigt ist.

Vorsitzender Kortmann stellt die geänderte Tagesordnung fest.

1. Einladung eines Experten zur Beantwortung offener Fragen zum Aufruf "Mehr Demokratie wagen"

Antrag der SPD-Fraktion
- 101.18.167 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, zur Unterrichtung und Erörterung der verschiedenen Fragestellungen, eine Expertin oder einen Experten aus einer mit Kassel vergleichbaren Kommune in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung einzuladen, die bereits Erfahrung bei der Umsetzung der im Aufruf „Mehr Demokratie wagen“ genannten Maßnahmen hat.

1. Welche der im Aufruf dargestellten Maßnahmen sind in welcher Form umsetzbar
2. Wie könnten die im Aufruf dargestellten Maßnahmen aussehen?
3. Welche Kosten sind damit verbunden?
4. Welcher zeitliche Rahmen ist damit verbunden?
5. Wie stark ist die Nutzung solcher Informationsmöglichkeiten durch Bürgerinnen und Bürger?

3 von 9

Den Ausschussmitgliedern liegt als Tischvorlage der geänderte Antrag der SPD-Fraktion vor. Stadtverordnete Farouq, SPD-Fraktion, begründet diesen.

➤ **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

In eine der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung wird der Vorstand des Vereins Kassel-West e.V. eingeladen, damit er über die Initiative des Vereins „Aufruf: Mehr Demokratie wagen“ inhaltlich berichtet, um im Anschluss daran Möglichkeiten der Umsetzung zu diskutieren. Z.B. welche der im Aufruf angesprochenen Maßnahmen sind ohne großen Aufwand zeitnah umsetzbar, welche zusätzlichen Arbeiten bzw. Mittel müssten aufgewandt werden oder wie werden die bereits vorhandenen Instrumente von Bürgerinnen und Bürgern genutzt.

Darüber hinaus wird der Magistrat gebeten, eine „Expertin“ bzw. einen „Experten“ aus einer Kassel vergleichbaren Kommune in den Ausschuss einzuladen, die bereits Erfahrungen in der Umsetzung der im Aufruf „Mehr Demokratie wagen“ genannten Maßnahmen und Auskunft zu den o.g. Fragestellungen geben kann.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: CDU
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem geänderten Antrag der SPD-Fraktion betr. Einladung eines Experten zur Beantwortung offener Fragen zum Aufruf "Mehr Demokratie wagen", 101.18.167, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Sprafke

Vorsitzender Kortmann ruft nun die Tagesordnungspunkte 2 und 3 betr. Trinkerszene gemeinsam zur Beratung auf.

2. Maßnahmen zur Eindämmung der Trinkerszene

Antrag der CDU-Fraktion
- 101.18.204 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung missbilligt die aktuellen Verhältnisse im Zusammenhang mit der Trinker- und Drogenszene rund um den Friedrichsplatz und in der Innenstadt. Sie fordert den Magistrat auf, sich unverzüglich und mit allen zulässigen Mitteln und Maßnahmen der Lösung dieses Problems anzunehmen. Dabei ist ausdrücklich auch die Möglichkeit eines Verbots des

Konsums von Alkohol auf allen öffentlichen Flächen auf dem Friedrichsplatz und in der Innenstadt mit in die anstehenden notwendigen Maßnahmen einzubeziehen. Die notwendigen Maßnahmen sind bis zum 31.12.2016 umzusetzen.

Stadtverordneter Dr. Wett, CDU-Fraktion, begründet den Antrag seiner Fraktion.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: CDU

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, AfD, Kasseler Linke, FDP, Freie Wähler + Piraten

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der CDU-Fraktion betr. Maßnahmen zur Eindämmung der Trinkerszene, 101.18.204, wird **abgelehnt**.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Hecht

3. Drogen- und Trinkerszene in der Innenstadt

Anfrage der Fraktion B90/Grüne

- 101.18.235 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie bewertet der Magistrat die „Sozialhilfe mit Schlichtungsfunktion (SmS)“ der Drogenhilfe Nordhessen in Bezug auf die Drogen- und Trinkerszene auf dem Friedrichsplatz?
2. Hält der Magistrat den zeitlich begrenzten Einsatz eines Streetworkers für ausreichend, oder wird die Möglichkeit gesehen, diese Tätigkeit auszuweiten?
3. Wie könnten sich die Innenstadtkaufleute ggf. finanziell an diesem Programm beteiligen, um Störungen durch die Szene auf dem Friedrichsplatz deutlich zu reduzieren?
4. Welche öffentlich zugänglichen Toiletten steht der Szene auf dem Friedrichsplatz zur Verfügung? Wird die Möglichkeit gesehen, dieses Angebot ggf. auszuweiten?

Stadtverordneter Blutte, Fraktion B90/Grüne, erläutert die Anfrage seiner Fraktion. Oberbürgermeister Hilgen beantwortet die Anfrage sowie die sich im Rahmen der Diskussion ergebenden Nachfragen.

**Nach Beantwortung durch Oberbürgermeister Hilgen erklärt
Vorsitzender Kortmann die Anfrage für erledigt.**

4. Amtliche Bekanntmachungen

Antrag der Fraktion Freie Wähler + Piraten

- 101.18.222 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

"Die Stadt Kassel veröffentlicht alle amtlichen Bekanntmachungen auf der Webseite der Stadt Kassel."

Stadtverordneter Dr. Hoppe, Fraktion Freie Wähler + Piraten, begründet den Antrag seiner Fraktion.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

6 von 9

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag der Fraktion Freie Wähler + Piraten betr. Amtliche Bekanntmachungen, 101.18.222, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Tesfaiesus

5. Nutzung des Ratskellers für hilfsbedürftige Menschen

Antrag der AfD-Fraktion
- 101.18.254 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Dass der unnötig leerstehende Ratskeller als Aufenthaltsraum für die hilfsbedürftigen Menschen vom Friedrichsplatz (sog. Trinkerszene) zur Verfügung gestellt wird.

Stadtverordneter Werl, AfD-Fraktion, begründet den Antrag seiner Fraktion.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: AfD
Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke, FDP, Freie Wähler + Piraten
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der AfD-Fraktion betr. Nutzung des Ratskellers für hilfsbedürftige Menschen, 101.18.254, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Werl

6. Erhöhung der Sicherheit am Stern

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.18.261 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, gemeinsam mit der Polizei kurzfristig ein Konzept zur Erhöhung der Sicherheit des Quartiers rund um den Stern zu entwickeln und umzusetzen. In einem weiteren Schritt wird der Magistrat aufgefordert, unverzüglich ein Entwicklungskonzept für das Gebiet der Unteren Königsstraße und der angrenzenden Straßen zu erarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung bis Ende 2016 vorzulegen.

Stadtverordneter Hecht, CDU-Fraktion, meldet Beratungsbedarf seiner Fraktion an und beantragt, den Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung zu vertagen.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Erneute Behandlung in der nächsten Sitzung.

Während der Behandlung von Tagesordnungspunkt 7 übernimmt

1. stellvertretender Vorsitzender Dr. Hoppe die Sitzungsleitung.

7. Anbieter unqualifizierter Krankentransporte

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.18.262 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Ist es zutreffend, dass sich in den vergangenen Jahren immer mehr private Anbieter aus dem Markt der sog. unqualifizierten Krankentransporte zurückgezogen haben?
2. Wenn ja, welche Gründe hat es hierfür gegeben?
3. Wer hat diese Krankentransporte stattdessen durchgeführt?
4. Wurden die Kapazitäten des Rettungsdienstes verändert?

5. In wie vielen Fällen ist es in den letzten 3 Jahren zur Überschreitung der gesetzlichen Hilfsfrist im Rettungsdienstbereich Kassel gekommen?

8 von 9

6. Welche Konsequenzen sind jetzt aus dieser Entwicklung zu ziehen?

Oberbürgermeister Hilgen beantwortet die Anfrage. Im Rahmen der Diskussion gibt 1. stellvertretender Vorsitzender Dr. Hoppe das Wort an Herrn Norbert Schmitz, Feuerwehr, der die Nachfragen der Ausschussmitglieder beantwortet.

Nach Beantwortung durch Oberbürgermeister Hilgen und Herrn Norbert Schmitz, erklärt 1. stellvertretender Vorsitzender Dr. Hoppe die Anfrage für erledigt.

8. Ersatzbeschaffung Dienstfahrzeuge für Mitarbeiter des Ordnungsamtes
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.18.263 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Ist es zutreffend, dass die Sondersignalanlagen auf den Fahrzeugen des Ordnungsamtes grundsätzlich vom Hersteller auch für den Einsatz im fahrenden Zustand vorgesehen sind?
2. Ist es ferner zutreffend, dass der Einsatz der Sondersignalanlage auf den Fahrzeugen des Ordnungsamts ausschließlich während des Stillstands der Fahrzeuge stattfindet?
3. Sollte dies nicht der Fall sein, wie häufig wurde im Jahr 2015 das Sondersignal während der Fahrt eingesetzt und wie viele Einsatzfahrten gab es im Vergleich hierzu insgesamt?
4. Wenn ja, beabsichtigt der Magistrat in Zukunft weiterhin die Anschaffung von Anlagen, die für ihre bautechnisch vorhergesehene Verwendung nicht bestimmt sind?

Stadtverordneter Hecht, CDU-Fraktion, begründet die Anfrage seiner Fraktion. Oberbürgermeister Hilgen beantwortet die Anfrage. Nachfragen der Ausschussmitglieder werden von ihm und Frau Kathy Käferstein, Ordnungsamt, beantwortet.

Nach Beantwortung durch Oberbürgermeister Hilgen erklärt Vorsitzender Kortmann die Anfrage für erledigt.

9. Fahrradverkehr in der Fußgängerzone

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.18.264 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

10. Fundtiere

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.18.265 -

Abgesetzt

11. Information der Bevölkerung bei Gefahrenlagen

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.18.266 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

12. Statistische Erfassung der Kontrollen des Ordnungsamtes auf dem Friedrichsplatz

Antrag der FDP-Fraktion

- 101.18.290 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

13. Neuregelung der Wahlplakatierung

Antrag der FDP-Fraktion

- 101.18.291 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

Ende der Sitzung: 18:52 Uhr

Stefan Kortmann

Vorsitzender

Andrea Herschelmann

Schriftführerin



Vorlage Nr. 101.18.167

5. Oktober 2016
1 von 2

Einladung eines Experten zur Beantwortung offener Fragen zum Aufruf "Mehr Demokratie wagen"

Geänderter Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

In eine der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung wird der Vorstand des Vereins Kassel-West e.V. eingeladen, damit er über die Initiative des Vereins „Aufruf: Mehr Demokratie wagen“ inhaltlich berichtet, um im Anschluss daran Möglichkeiten der Umsetzung zu diskutieren. Z.B. welche der im Aufruf angesprochenen Maßnahmen sind ohne großen Aufwand zeitnah umsetzbar, welche zusätzlichen Arbeiten bzw. Mittel müssten aufgewandt werden oder wie werden die bereits vorhandenen Instrumente von Bürgerinnen und Bürgern genutzt.

Darüber hinaus wird der Magistrat gebeten, eine „Expertin“ bzw. einen „Experten“ aus einer Kassel vergleichbaren Kommune in den Ausschuss einzuladen, die bereits Erfahrungen in der Umsetzung der im Aufruf „Mehr Demokratie wagen“ genannten Maßnahmen und Auskunft zu den o.g. Fragestellungen geben kann.

Begründung:

Der Verein Kassel West e.V. hat seine Initiative „Aufruf: Mehr Demokratie wagen“ bereits in mehreren Ortsbeiräten vorgestellt. Einige Ortsbeiräte haben dazu auch schon Beschlüsse gefasst. Ferner hatte der Verein allen in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Parteien den Aufruf schriftlichen zugesandt. Es macht Sinn, dass sich die Stadtverordnet*innen mit diesem Aufruf befassen und mit dem Verfasser des Aufrufs (Kassel-West e.V.) in einen inhaltlichen Austausch treten. Dabei soll dem Verfasser die Möglichkeit gegeben werden, seine Vorschläge und Anregungen vorzutragen und zu erläutern. Ferner soll erörtert werden, welche Instrumente durch die Stadtverwaltung bereits zur

Verfügung stehen, wie diese ggf. optimiert werden können, welcher zeitlicher Rahmen dafür erforderlich wäre und welche Möglichkeiten der raschen Umsetzbarkeit es sonst noch gäbe. Auch Fragen rechtlicher Zulässigkeit sollen zur Sprache kommen. Darüber hinaus können Erfahrungen aus anderen Kommunen bei der Entscheidungsfindung wertvolle Informationen und Einblicke zur Entscheidungsfindung liefern.

2 von 2

Berichtersteller/-in: Stadtverordnete Dr. Hasina Farouq

gez. Dr. Günther Schnell
Fraktionsvorsitzender

Nachrichtlich:

Antrag vom 21. Juni 2016

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, zur Unterrichtung und Erörterung der verschiedenen Fragestellungen, eine Expertin oder einen Experten aus einer mit Kassel vergleichbaren Kommune in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung einzuladen, die bereits Erfahrung bei der Umsetzung der im Aufruf „Mehr Demokratie wagen“ genannten Maßnahmen hat.

1. Welche der im Aufruf dargestellten Maßnahmen sind in welcher Form umsetzbar?
2. Wie könnten die im Aufruf dargestellten Maßnahmen aussehen?
3. Welche Kosten sind damit verbunden?
4. Welcher zeitliche Rahmen ist damit verbunden?
5. Wie stark ist die Nutzung solcher Informationsmöglichkeiten durch Bürgerinnen und Bürger?

Begründung

Aufgrund der Komplexität des Themas kann auf den Aufruf „Mehr Demokratie wagen“ nicht sachgerecht reagiert werden. Zur Beantwortung dieser exemplarischen Fragen ist daher die Hinzuziehung eines Experten erforderlich.

gez. Dr. Günther Schnell
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.18.204

9. August 2016
1 von 1

Maßnahmen zur Eindämmung der Trinkerszene

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung missbilligt die aktuellen Verhältnisse im Zusammenhang mit der Trinker- und Drogenszene rund um den Friedrichsplatz und in der Innenstadt. Sie fordert den Magistrat auf, sich unverzüglich und mit allen zulässigen Mitteln und Maßnahmen der Lösung dieses Problems anzunehmen. Dabei ist ausdrücklich auch die Möglichkeit eines Verbots des Konsums von Alkohol auf allen öffentlichen Flächen auf dem Friedrichsplatz und in der Innenstadt mit in die anstehenden notwendigen Maßnahmen einzubeziehen. Die notwendigen Maßnahmen sind bis zum 31.12.2016 umzusetzen.

Begründung:

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Stefan Kortmann

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender



Vorlage Nr. 101.18.235

30. August 2016
1 von 1

Drogen- und Trinkerszene in der Innenstadt

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie bewertet der Magistrat die „Sozialhilfe mit Schlichtungsfunktion (SmS)“ der Drogenhilfe Nordhessen in Bezug auf die Drogen- und Trinkerszene auf dem Friedrichsplatz?
2. Hält der Magistrat den zeitlich begrenzten Einsatz eines Streetworkers für ausreichend, oder wird die Möglichkeit gesehen, diese Tätigkeit auszuweiten?
3. Wie könnten sich die Innenstadtkaufleute ggf. finanziell an diesem Programm beteiligen, um Störungen durch die Szene auf dem Friedrichsplatz deutlich zu reduzieren?
4. Welche öffentlich zugänglichen Toiletten steht der Szene auf dem Friedrichsplatz zur Verfügung? Wird die Möglichkeit gesehen, dieses Angebot ggf. auszuweiten?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Dr. Andreas Jürgens

gez. Eva Koch
Stellv. Fraktionsvorsitzende

Vorlage Nr. 101.18.222

22. August 2016
1 von 2

Amtliche Bekanntmachungen

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

"Die Stadt Kassel veröffentlicht alle amtlichen Bekanntmachungen auf der Webseite der Stadt Kassel."

Begründung:

Auf der Webseite der Stadt Kassel sind nur die öffentlichen Ausschreibungen aufgeführt. Für amtliche Bekanntmachungen wird auf die Hessisch-Niedersächsische Allgemeine als Verkündungsorgan verwiesen.

The screenshot shows the website of the City of Kassel. At the top right, it says 'Kassel documenta Stadt'. Below that is a search bar with the word 'Rathaus' and a search icon. A navigation bar contains links: 'Aktuelles', 'Bürger- und Firmenservice', 'Politik', 'Pro Kassel', 'Projekte', 'Rathaus-Info', 'Stadtplan', and 'Zum Stadtportal'. The main content area is divided into two columns. The left column is titled 'Aktuelles' and lists: 'Termine', 'Sitzungskalender', 'Pressemeldungen', 'Newsletter', 'Soziale Netzwerke', 'Öffentliche Ausschreibungen', 'Ausbildungsangebote', 'Stellenangebote', 'Bürgerforum', and 'Meldungen der Feuerwehr'. The right column is titled 'Amtliche Bekanntmachungen' and contains the text: 'Zurzeit werden die Amtlichen Bekanntmachungen der Stadt Kassel in der Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen (HNA) veröffentlicht. Die Öffentlichen Ausschreibungen finden Sie [hier](#).'

Das Hessische Verwaltungsverfahrensgesetz sieht in §27a "Öffentliche Bekanntmachung im Internet" vor:

(1) Ist durch Rechtsvorschrift eine öffentliche oder ortsübliche Bekanntmachung angeordnet, soll die Behörde deren Inhalt zusätzlich im Internet veröffentlichen. Dies wird dadurch bewirkt, dass der Inhalt der Bekanntmachung auf einer Internetseite der Behörde oder ihres Verwaltungsträgers zugänglich gemacht wird. Bezieht sich die Bekanntmachung auf zur Einsicht auszulegende Unterlagen, sollen auch diese über das Internet zugänglich gemacht werden. Soweit durch Rechtsvorschrift nichts anderes geregelt ist, ist der Inhalt der zur Einsicht ausgelegten Unterlagen maßgeblich.

Diese Soll-Regelung wird bisher von der Stadt Kassel nicht umgesetzt. Angesichts der Möglichkeiten und Nutzung des Internets sollten alle öffentliche Bekanntmachungen ohne Ausnahme auch auf der Webseite der Stadt bereitgestellt werden und für den Bürger dort jederzeit erreichbar sein.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Bernd Hoppe

gez. Volker Berkhout
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.18.254

8. September 2016
1 von 1**Nutzung des Ratskellers für hilfsbedürftige Menschen****Antrag**

zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Dass der unnötig leerstehende Ratskeller als Aufenthaltsraum für die hilfsbedürftigen Menschen vom Friedrichsplatz (sog. Trinkerszene) zur Verfügung gestellt wird.

Begründung:

Der Ratskeller hat derzeit keine Funktion und ist als Reserveunterkunft ungeeignet. Wir wissen, dass das Problem am Friedrichsplatz durch ein Verdrängen dieser Menschen nicht gelöst werden kann. Diese werden eine andere Örtlichkeit finden und aufsuchen. Deshalb halten wir eine Nutzung des leerstehenden Ratskellers von diesen Personen, verbunden mit Betreuungs- und Hilfsangeboten, für angemessen. Da Sozialarbeiter und Sozialpädagogen dann direkt vor Ort sind, kann eine soziale Begleitung leichter gewährleistet werden.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Michael Werl

gez. Dieter Gratzner
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.18.261

8. September 2016
1 von 1

Erhöhung der Sicherheit am Stern

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, gemeinsam mit der Polizei kurzfristig ein Konzept zur Erhöhung der Sicherheit des Quartiers rund um den Stern zu entwickeln und umzusetzen. In einem weiteren Schritt wird der Magistrat aufgefordert, unverzüglich ein Entwicklungskonzept für das Gebiet der Unteren Königsstraße und der angrenzenden Straßen zu erarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung bis Ende 2016 vorzulegen.

Begründung:

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Saskia Spohr-Frey

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.18.262

8. September 2016
1 von 1

Anbieter unqualifizierter Krankentransporte

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

Wir fragen den Magistrat:

1. Ist es zutreffend, dass sich in den vergangenen Jahren immer mehr private Anbieter aus dem Markt der sog. unqualifizierten Krankentransporte zurückgezogen haben?
2. Wenn ja, welche Gründe hat es hierfür gegeben?
3. Wer hat diese Krankentransporte stattdessen durchgeführt?
4. Wurden die Kapazitäten des Rettungsdienstes verändert?
5. In wie vielen Fällen ist es in den letzten 3 Jahren zur Überschreitung der gesetzlichen Hilfsfrist im Rettungsdienstbereich Kassel gekommen?
6. Welche Konsequenzen sind jetzt aus dieser Entwicklung zu ziehen?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Stefan Kortmann

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.18.263

9. September 2016
1 von 1

Ersatzbeschaffung Dienstfahrzeuge für Mitarbeiter des Ordnungsamtes

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

Wir fragen den Magistrat:

1. Ist es zutreffend, dass die Sondersignalanlagen auf den Fahrzeugen des Ordnungsamtes grundsätzlich vom Hersteller auch für den Einsatz im fahrenden Zustand vorgesehen sind?
2. Ist es ferner zutreffend, dass der Einsatz der Sondersignalanlage auf den Fahrzeugen des Ordnungsamts ausschließlich während des Stillstands der Fahrzeuge stattfindet?
3. Sollte dies nicht der Fall sein, wie häufig wurde im Jahr 2015 das Sondersignal während der Fahrt eingesetzt und wie viele Einsatzfahrten gab es im Vergleich hierzu insgesamt?
4. Wenn ja, beabsichtigt der Magistrat in Zukunft weiterhin die Anschaffung von Anlagen, die für ihre bautechnisch vorhergesehene Verwendung nicht bestimmt sind?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Nikolas Hecht

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.18.264

8. September 2016
1 von 1

Fahrradverkehr in der Fußgängerzone

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

Wir fragen den Magistrat:

1. Welche aktuellen Erfahrungen hat der Magistrat mit dem Fahrradverkehr in der Fußgängerzone?
2. Wie viele Unfälle mit Fahrradfahrern in diesem Gebiet sind in den letzten 3 Jahren bekannt geworden?
3. Inwieweit werden auch städtische Ordnungskräfte im Rahmen ihrer Tätigkeit zu Kontrollen des Fahrradverkehrs eingesetzt?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Nikolas Hecht

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.18.265

8. September 2016
1 von 1

Fundtiere

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

Wir fragen den Magistrat:

1. Wer ist im Gebiet der Stadt Kassel die zuständige Behörde für die Verwahrung von herrenlosen Haustieren?
2. Welche Aufgaben hat in diesem Zusammenhang die Stadt Kassel?
3. Wie ist die Verwaltung geregelt?
4. Welche Kosten entstehen hierbei der Stadt Kassel jährlich?
5. Kommt die Stadt Kassel in dieser Stelle in vollem Umfang ihren gesetzlichen Aufgaben nach?

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Saskia Spohr-Frey

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.18.266

8. September 2016
1 von 1

Information der Bevölkerung bei Gefahrenlagen

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

Wir fragen den Magistrat:

Welche Überlegungen und Planungen hat der Magistrat, um die Bevölkerung bei allgemeinen Gefahren- und sonstigen Katastrophenlagen mit den Mitteln der modernen Telekommunikation zu informieren?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Stefan Kortmann

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender



Vorlage Nr. 101.18.290

19. September 2016
1 von 1

**Statistische Erfassung der Kontrollen des Ordnungsamtes auf dem
Friedrichsplatz**

Antrag

**zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und
Gleichstellung**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Ordnungsamt der Stadt Kassel soll zur besseren Einschätzung der Trinkerszene auf dem Friedrichsplatz eine statistische Erfassung der dort durchgeführten Personenkontrollen durchführen. Aus dieser statistischen Erfassung soll erkennbar sein, wie häufig pro Tag und Woche solche Kontrollen durchgeführt wurden, wie viele Personen keinen festen Wohnsitz nachweisen konnten und gegen wie viele Personen Platzverweise ausgesprochen wurden.

Begründung:

Berichterstatter: Stadtverordnete Dr. Cornelia Janusch

gez. Matthias Nölke
Fraktionsvorsitzender



Vorlage Nr. 101.18.291

21. September 2016
1 von 1

Neuregelung der Wahlplakatierung

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, bis zum Frühjahr 2017 den Entwurf einer neuen Satzung, die das Aufstellen von Plakatträgern zu Wahlkampfzeiten regelt, auszuarbeiten und dem Ausschuss vorzustellen. Bei einer neuen Satzung sollte insbesondere vorgesehen werden, dass künftig einzelne Plakatträger bis zur Größe DIN A 0 nicht mehr zulässig sind. Stattdessen sollen zahlreiche mobile Plakatwände an den Haupt-ein- und -ausfahrtsstraßen vorgesehen werden, wo jede kandidierende Partei ein bestimmtes Kontingent von Plakaten bis zur Größe DIN A 0 anbringen darf. Des Weiteren sollte durch die neue Satzung sichergestellt sein, dass künftig keine Plakatierung mehr an Denkmälern und Kunstwerken, wie beispielsweise „7000 Eichen“, zulässig ist.

Begründung:

Berichterstatter: Stadtverordnete Dr. Cornelia Janusch

gez. Matthias Nölke
Fraktionsvorsitzender